ler ..., mit ihnen [illegible] ... am [illegible] erfolge zu [illegible];

„und in Erwägung, daß das wahre Anliegen des revolutionären Kampfes des Proletariats die politische Eroberung ist, welche auf der marxistischen Lehre und der [illegible] Erfahrung des kommunistischen, revolutionären Prozesses gegründet ist, der sich gegenwärtig in der Welt abspielt und bereits Ergebnis in Sowjetrußland ist;

„beschließt die Konferenz, alle ihre Kräfte der Bildung einer kommunistischen Partei Italiens, als Sektion der dritten Internationale, zu widmen, [illegible] daß die Fraktion sowohl in dieser Partei als auch im Schoße der Internationale [illegible] die Unvereinbarkeit einer Teilnahme an den Wahlen zu bürgerlichen, repräsentativen Körperschaften mit den kommunistischen Prinzipien und Methoden [illegible] und in der Hoffnung, daß auch andere rein kommunistische Elemente der gegenwärtigen Partei sich auf den Boden der neuen Partei stellen und sich überzeugen werden, daß die Taktik ernstlich nur mit dem [illegible] jener Methoden der politischen Aktion durchführbar ist, welche sie heute praktisch mit den Sozialdemokraten verbinden;

gibt dem Zentralkomitee den Auftrag:

1. das Programm und die Statuten der neuen Partei vorzubereiten, indem es sich das auf Kongresse von Bologna von der kommunistischen Fraktion vorgelegte Programm und die von dem Organ der Fraktion bei der Besprechung der wichtigsten Gegenwartsprobleme der kommunistischen Methode und Taktik eingehaltene Richtung immer vor Augen hält;

2. die internationalen Beziehungen zu vertiefen, um im Schoße der kommunistischen Internationale eine Fraktion gegen die Wahlbeteiligung zu schaffen und am nächsten Internationalen Kongresse die Direktiven der Fraktion zu vertreten mit der Forderung, daß Maßnahmen getroffen werden, um die abnormale Situation der sozialistischen Partei Italiens zu lösen;

3. unmittelbar nach diesem internationalen Kongresse den konstituierenden Kongreß der kommunistischen Partei einzuberufen und alle Gruppen zum Beitritt aufzufordern, welche innerhalb und außerhalb der P. S. J. auf dem Boden des kommunistischen Programms stehen;

4. in klaren und wirksamen Grundsätzen die prinzipielle und taktische Stellung der Fraktion zusammenzufassen und ihnen die weiteste Verbreitung in Italien und im Auslande zu geben.

Ferner wurde folgender Antrag angenommen:

„Die Abstentionisten werden in keiner Weise und in keiner Form für die Wahlen tätig sein und, wo immer es nur möglich sein wird, keine Liste der Partei aufstellen, vielmehr mit aller Kraft eine Kampagne für Wahlenthaltung entwickeln."

Dazu schreibt die Zeitschrift „Kommunismus", Organ der Kommunistischen Internationale für Südosteuropa:

„Von der allergrößten Bedeutung für die gesamte Internationale kann besonders der Beschluß zwecks Schaffung einer konsequenten antiparlamentarischen Fraktion innerhalb der dritten Internationale selbst werden. Wir sehen auch hier, so wie bei der Schaffung der Zimmerwalder Bewegung während des Krieges, als es galt, alle dem Sozialismus treu gebliebenen Kräfte zu sammeln, Italien die Initiative ergreifen zur Bekämpfung aller auch innerhalb der kommunistischen Bewegung sich breit machenden reformistischen und opportunistischen Tendenzen."

Die Bewegung im Auslande

Eine internationale Zusammenkunft

Aus „Le Phare"

(Offizielles Organ der dritten Internationale) erscheint in La Chaux de Fonds.

Die Leitung der italienischen sozialistischen Partei hatte angeregt, daß Vertreter sämtlicher der dritten Internationale angeschlossenen Gruppen und Parteien zu einer Besprechung eingeladen. Anwesend waren die Vertreter Belgiens, Bulgariens, Frankreichs, der Schweiz, Rußlands, Italiens und des W. E. Sekret. Berlin. Die Konferenz beschäftigte sich hauptsächlich mit administrativen Fragen. Sie bedauerte die Errichtung mehrerer Untersekretariate, welche trotz ihrer [illegible] Absichten die Konfusion in den internationalen Beziehungen verbreiten. Die Konferenz sprach sich entschieden aus für ein einziges Sekretariat und wird auf dem nächsten Weltkongreß seine Verlegung nach Italien vorschlagen.

Um wirkliche internationale Beziehungen zu schaffen, schlug die Konferenz ferner die Errichtung „sozialistischer Gesandtschaften" vor. Zu der sozialistischen Partei werden Vertrauensgenossen zur Verfügung gestellt, welche die ausländischen sozialistischen Parteien vertreten werden, genau so wie die Gesandten bei den verschiedenen Regierungen ihr Land repräsentieren. Es ist nicht unbedingt nötig, daß dies ausländische Genossen sind, der Betreffende muß aber immer mit der Politik der vertretenen Partei vertraut sein und hat die Pflicht, zwischen den beiden Organisationen ununterbrochen Fühlung zu halten.

Aus Groß-Berlin.

Sozial- oder Konjunkturpolitiker.

An die Erwerbslosen!

Ganz besondere Praktiken werden in letzter Zeit von der Gewerkschaftskommission und Vertretern verschiedener Organisationen angewandt, welche nach außen hin den Anschein zu erwecken versuchen, sich der Erwerbslosen anzunehmen, um den Vertreter der wirklich daran interessierten Organisationen von der Mitarbeit zur Hebung des täglich immer größer werdenden Erwerbslosen-Elends fernzuhalten. Am 18. Juni fand eine Sitzung statt, zu der der Erwerbslosenrat Berlin und die Delegierten des letzten Erwerbslosenkongresses (Reichsausschuß) die Gewerkschaftskommission, Betriebsrätezentrale, U. S. P., S. P. D., K. P. D., K. A. P. D. und die Afa geladen hatten. Aber S. P. D. und K. A. P. D. waren nicht erschienen. Man trug deshalb der Gewerkschaftskommission auf, nochmals alle Organisationen einzuladen. Es zeigte sich aber wieder einmal, daß es — selbst bei der Lösung des Arbeitslosenproblems — nicht ohne ihre Gewerkschafts- und Parteipolitik geht.

In der am 24. Juni erneut stattfindenden Sitzung hatte man vorerst 1½ Stunden Zeit, sich über die Zulassung von Organisationen herumzustreiten, in denen zumindest ein großer Prozentsatz Erwerbsloser vorhanden ist. Nicht eingeladen zu dieser Sitzung waren K. A. P. D. und Allgemeine Arbeiter-Union, trotzdem doch Vertreter dieser Organisationen erschienen. Die Gewerkschaftskommission in Person Bollmershaus lehnte sofort mit aller Entschiedenheit ein Verhandeln mit der A. A. U. ab, da diese die Gewerkschaften [illegible] Vertreter der A. A. U. erklärte, daß seine Organisation die Gewerkschaften als [illegible] konterrevolutionär wirkende Parteien aufs schärfste, aber sachlichste bekämpfe, nicht aber bekämpfe sie die Erwerbslosen, für die sie bei jeder Gelegenheit aufs wärmste eintrete. Partei- und Gewerkschaftspolitik sei hierbei ausgeschaltet.

Man ließ in den heftigsten [illegible] über die Taktiken und Zielen der K. A. P. D. und A. A. U. her; Hoffert als Vertreter des Spartakus-Bundes und Bergmann für die Betriebsrätezentrale befürworteten das Verbleiben der beiden Vertreter, da ein Hinauswurf gutes Agitationsmaterial für sie wäre. Sie verlangten jedoch die Abgabe einer bindenden Erklärung, daß sie gewillt seien, positive Mitarbeit zu leisten und in kommenden Versammlungen den Kampf gegen Gewerkschaften und Parteien einzustellen. Wenn sich der Wille zur Mitarbeit schon durch die Anwesenheit der Vertreter ergab, mußte doch jeder Verzicht des Kampfes gegen Gewerkschaften und Parteien zurückgewiesen werden, um so mehr, da von jener Seite für die Erwerbslosen bisher nichts oder nicht viel geleistet worden ist.

Man lehnte die geforderte Abstimmung über die Zulassung ab und forderte die Nichteingeladenen mehrere Male auf, den Sitzungssaal zu verlassen, was dann auch geschah.

Die Erwerbslosen mögen daraus ersehen, daß man erst in zweiter Linie glaubt, an sie denken zu müssen, es sogar aber für notwendig hält, revolutionäre Organisationen, die ihnen gefährlich sind, los zu werden.

Erwerbslose! An euch ist es, jenen Drahtziehern und politischen Falschmünzern die richtige Antwort zu geben.

Die K. A. P. D. und A. A. U. werden euch in diesem Kampf um eure Lebensexistenz unterstützen.

16. Bezirk (Lichtenberg).

Freitag, den 2. Juli, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Kaffee Bellevue, Hauptstraße.

Dienstag, den 29. Juni 1920, abends 7 Uhr

Oeffentliche Jugendversammlung

in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Bochumer Str. 8b.

Thema: Die Not der Jugend und ihre Beseitigung.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen erscheint in Massen!

Freie sozialistische Jugend, Gruppe Moabit.

7. Bezirk (Osten).

Freitag, den 2. Juli, abends 7 Uhr

Bezirks-Mitgliederversammlung

in den Commenius-Sälen, Memeler Str. 67.

Verantwortlicher Redakteur: Kunze, Berlin.
Druck und Verlag: Verlag der K. A. P. D., Berlin.

Neuerscheinungen der Kommunistischen Arbeiter-Partei:

Otto Rühle: Die Revolution ist keine Parteisache Pr. 80 Pfg.
Karl Roche: Demokratie oder Proletarische Diktatur [illegible]
Programm der Kommunist. Arbeiter-Partei Deutschlands. 3. Auflage [illegible]
Bericht über den Gründungs-Parteitag der K. A. P. D. [illegible]
Karl Liebknechts Rede gehalten 1916 auf dem Potsdamer Platz [illegible]
— Trotz alledem [illegible]
Henri Guilbeaux: Karl Liebknecht 20
Rosa Luxemburg: Der Anfang 15
Revolution Nr. 2: Enthaltend d. letzten Artikel v. Rosa Luxemburg, Eugen Leviné usw. [illegible]
Zu beziehen durch den Verlag der K. A. P. D. Berlin, Wilhelmstr. 28 IV.

Kommunistische Literatur

Die Internationale, Heft 2-14, pro Nr. Pr. 0,50 Mk.
Die Kommunist. Internationale, Heft I 1,50
[illegible], Heft 1 und 2 1,—
Rosa Luxemburg: Rede z. Programm 0,50
Lenin: Die große Initiative 1,—
— Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht 1,50
— Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky 1,50
Radek: Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat 0,60
— Die russische und die deutsche Revolution und die Weltlage 0,60
— Die internationale Lage u. die ausl. Politik d. Räteregierung 0,40
— Deutschland und Rußland 0,50
Die Verfassung d. russischen Sowjetrepublik [illegible]
Trotzki: Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedensvertrag 1,50
Bucharin: Vom Sturze des Zarismus bis zum Sturz der Bourgeoisie 1,50
[illegible]: Der Terror der Bourgeoisie in Finnland 1,50
Marx: Das Kapital, volkst. Ausgabe von Julian Borchardt 12,—
Das Programm der Kommunisten [illegible] 2,50
— [illegible] K. P. Rußlands 0,30
Russische Korrespondenz, Heft [illegible] 1,—
Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht [illegible] geb. 9,50 Mk.
Paul Lange: Die Politik der Gewerkschaftsführer 0,40
[illegible] 1,50
Außerdem alle andere [illegible] Literatur. Organisationen und Händler erhalten hohen Rabatt. Bestellungen an die Expedition der KAZ erbeten.

Die Weltrevolution

Wochenschrift für die Interessen des internationalen Sozialismus und Kommunismus

Nr. 16

mit ihrem hochaktuellen Inhalt erscheint am 1. Juli.

Genossen, die in den einzelnen Bezirken von Berlin und Provinz den Vertrieb übernehmen wollen, werden gebeten, ihre Adressen einzusenden an

Verlag: Die Weltrevolution, Ludwig Bergmann, Berlin NO. 55, Marienburger Str. 28.

Soeben erschienen:

Vom Werden der neuen Gesellschaft.

Von Karl Schröder.

Preis 1,— Mk.

Buchverlag „Rätebund"

[illegible]
Zu beziehen durch den Verlag d. K. A. P. D. Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 28 IV.

Soeben erschienen:

„Kampf-Gesang"

revolutionäre Freiheitslieder

Preis 0.75 Mark.

Enthaltend eine reichhaltige Auswahl der bekanntesten revolutionären Lieder, auch neuere, wie das Schmiedelied, das Büxensteinlied usw.

Zu beziehen durch die Expedition der K. A. Z. Organisationen und Buchhändler erhalten Rabatt.

Nummer 103. Preis 30 Pfg.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. Preis 30 Pfg. pro Nummer. Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Partei und die Straßenhändler. Durch die Post unter Streifband 4 Mk., als Brief 6.50 Mk. monatl.

Redaktion u. Expedition Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 28 IV. Geöffnet täglich außer Montags von 4–6 Uhr nachmittags.

Anzeigen die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 3 Mk., die Reklamezeile 8 Mk. [illegible] Organisationen Rabatt. Postscheck Berlin NW. Nr. [illegible]

Betriebsräte und Arbeitslosigkeit.

Politische Hasardeure.

Br. „Die Zahl der Arbeitslosen steigt erschreckend und zeigt die inneren Widersprüche der bestehenden Wirtschaftsordnung." Dies konstatiert — der „Vorwärts". Er spricht weiter von der Unzulänglichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ihren Widersinn und ihre Grausamkeit. Dies theoretische Bekenntnis ist natürlich Grund genug für den „Vorwärts", diese widersinnige und grausame Ordnung — weiter bestehen zu lassen. Denn die Umwandlung vom Kapitalismus zum Sozialismus würde so lange dauern, daß unterwegs die meisten der heutigen Arbeitslosen Hungers sterben würden! Und da der ebenso logische wie mitleidige „Vorwärts" das nicht will, so muß es eben halt so bleiben wie es ist. Natürlich nicht ganz. Man ist ja doch Sozialist. Man hat also Rezepte: „Erhöhung der Unterstützung". Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, auch staatliche Verteilung von Waren unter Zuhilfenahme der Betriebsräte. So wird alles schon wieder ins Gleichgewicht kommen. Vor allem aber das Gesetz respektieren, Kinder! Das Gesetz des kapitalistischen Staates! „Seine Ueberschreitung ... bliebe unentschuldbar — im Interesse der gesamten Arbeiterklasse."

So ungefähr deklamiert ja auch die von Legalität strotzende „Freiheit". Crispien und Däumig verhandeln jetzt vielleicht auch über das Arbeitslosenproblem mit dem neuen Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz, wie sie mit Severing, der ministeriellen Puppe Seeckts, über die Bewaffnung des Proletariats verhandelt haben. (Sie haben tatsächlich hierüber verhandelt und Däumig erklärte es öffentlich für „Blödsinn", nicht zu verhandeln.)

Da ist die K. P. D. doch energischer. Sie hat kräftigere Rezepte, die sie in der „R. F." veröffentlicht. Freilich rechnet auch sie auf die Betriebsräte, ähnlich wie der „Vorwärts". Die Betriebsräte sind überhaupt ihre Lieblinge. Es gibt kaum ein Problem des kapitalistischen Staates, das sie nicht lösen sollen. Für sie muß „demonstriert werden. Sie beruhigen auch die Arbeitslosigkeit. Die gesamten Vertretungen der Betriebsräte müssen an den Staat, an die Gemeinde herantreten, damit diese mit ihren Machtmitteln einen Druck zur Fortführung der Betriebe auf das Unternehmertum ausüben." Das Bankkapital besonders ist vom Staat der Kontrolle der Betriebsräte zu unterstellen. Das Risiko ist aber auf die Unternehmerverbände abzuwälzen.

Sind das nicht wundervolle, einfach großartige Mittel? Wahrlich, gegen die Konkurrenz kommen „Vorwärts" und „Freiheit" nicht auf. Und, gestehen wir es neidisch, auch wir besitzen nicht die Fähigkeit, derartig geniale Pläne zu konstruieren.

Nur einige kleine Bedenken stoßen auf. Wer sind „die gesamten Vertretungen der Betriebsräte?" Sind es die der S. P. D., die jetzt unter Legiens Leitung von den Gewerkschaften gebildet werden? Oder die der U. S. P., die sich unter Richard Müller in der Münzstraße zusammenfinden? Oder die der K. P. D.? Offenbar alle zusammen. Gewiß, sie werden schön gemütlich arbeiten, wenn sie auch getrennt marschieren. Das Bedenken haben wir nicht, daß diese Betriebsräte nicht alle schließlich unter einen Hut zu bringen wären. Sind sie doch im Grunde alle Kinder einer Mutter: des Betriebsrätegesetzes der seligen Nationalversammlung. Und tragen sie doch alle den Stempel ihrer legalen Geburt. (Auf unsere — illegalen — Betriebsräte wird die „Rote Fahne" wohl auch nicht ernstlich rechnen.) Die Frage, die sich erhebt, ist nur die, ob diese vereinigten legalen Betriebsräte die nötige Stoßkraft in sich bergen, um den Ansprüchen, die die „Rote Fahne" hier an sie stellt, gerecht zu werden? Du lieber Gott, man hat so seine Erfahrungen und ein wenig Mißtrauen gegen das Engel-Ufer und gegen die Münzstraße. Natürlich nur ein wenig ...

Offenbar hat es auch die K. P. D. Sie traut den gesamten Betriebsräten nicht direkte Aktionen zu. Nur indirekt sollen sie arbeiten. „Sie sollen an einen Dritten herantreten". Der soll es machen. Dieser Dritte ist der Staat! Der wird die Banken und die Unternehmerverbände den Betriebsräten und ihrer Kontrolle unterwerfen. Der Staat als Hausknecht der Betriebsräte. In der Tat eine geniale Lösung des ganzen Problems. Und die Idee, daß die Betriebsräte aus dem schier unerschöpflichen Reservoir der Großbanken schöpfen und dazu nicht einmal das Risiko tragen, sondern dies auf die Unternehmer abwälzen — scheint sie nicht geradezu die geistvollste dialektische Umkehrung des bisherigen Systems, durch das die Kapitalisten alle Lasten auf das Proletariat abwälzen? Also, Proletarier, vertraut Euch der Führung der K. P. D. an! Betriebsräte, folgt ihrem Kommando! Mann für Mann tretet heran an den Staat der Stinnes und Helfferich! „Damit dieser mit seinen Machtmitteln einen Druck auf das Unternehmertum ausübe."

Indessen wartet noch ein kleines Bedenken. Der heutige Staat, der Staat der Stinnes und Helfferich, ist unfähig, die Aufgabe, die ihm hier zugemutet wird — so spricht die „Rote Fahne" selbst. Ihr seht auch verdutzt an. Also an ihn herantreten, aber wissend, daß er seine Machtmittel nicht für uns, sondern gegen uns verwendet? Daß der ganze, so fein ausgetiftelte Plan gar nicht ausgeführt werden kann? Nur eine Phantasmagorie? Nur ein Zukunftsbild?

Aber der zukünftige proletarische Staat kennt doch überhaupt keine Unternehmerverbände, die das „Risiko" zu tragen hätten, keine Banken, die Kapital aufhäufen; dieser Plan kann mithin nur für den heutigen, großkapitalistischen Staat Sinn haben — wenn er überhaupt Sinn hat. Und just für den ist er sinnlos nach dem eigenen Zugeständnis der trefflichen Marxisten der Reichszentrale.

Es ist also nur ein — Plan. Einer der vielen Pläne, an denen die Levi ebenso schwanger gehen wie die Hilferdings und die Rathenaus und Wissels. Dazu ist man ja „Führer", um solche Pläne auszuhecken. Fast täglich kann man in der „R. F." sich an Plänen erbauen. Zuweilen gleich zwei an einem Tage. So bietet die selbe Sonntagsnummer, die Staat, Banken und Betriebsräte so harmonisch vereinigt, auch gleich ein Rezept gegen den Steuerzehnten, den das Proletariat seinen Ausbeutern entrichten muß. Die Rettung „kann nur geschehen, indem es ... sich für die Annullierung aller Kriegskosten und Staatsschulden einsetzt". Wie es sich einsetzen soll, wird nicht verraten. Jedenfalls auf die gleiche Weise wie für den Bankrump, indem es an den Staat „herantritt". Und wenn nur die Kriegsanleihen und sonstigen Staatsschulden durch Annullierung getilgt sind, dann wird alles wieder gut — und die Besitzer der Industrie- und Bergwerksaktien können aufatmen (nachdem sie rechtzeitig die Kriegs- und sonstigen Staatsanleihen an den kleinen Mann und an die Sparkassen gebracht haben.) Uebrigens, das Rezept des Spartakusbundes hat schon der zukünftige Minister der sozialistischen Koalitionsregierung, Herr Breitscheid, akzeptiert, der die Aufnahme desselben in das sog. Revolutionsprogramm der U. S. P. durchsetzte.

Pläne und parlamentarische Schwatzreden, das ist alles, was die Vorwärtsleute, die Unabhängigen und die Sessel-Kommunisten den Proletariern zu geben wissen. Damit suchen sie ihr Ziel, die Diktatur über das Proletariat, zu erreichen und die Arbeiter von dem Einzigen abzuhalten, durch das sie sich befreien können: von dem unausgesetzten, nackten, brutalen Kampf um die vollständige Zertrümmerung des bürgerlichen Staates. Auf diese Manier haben wir heute noch genau das selbe Bild oben wie in den schaudervollen Jahren des Weltkrieges. Der Präsident des Kriegsreichstages, Fehrenbach, heißt jetzt Reichskanzler und die Unabhängigen unter Führung des theatralischen Schwätzers Ledebour fühlen sich wieder auf ihren Parlamentssesseln in legaler Opposition, nur verstärkt um zwei Oberbeamte der Reichszentrale. Ein günstiges Geschick hat beiden Parteien zu wenig Wahlstimmen geschenkt und sie hierdurch davor bewahrt, zusammen mit ihren Freunden von der S. P. D. das erstrebte sozialistische Kabinett zu bilden.

Für sie günstig, für ihre Parteiorganisationen. Nicht für das Proletariat. Das hätte endlich den klarsten Anschauungsunterricht über das Wesen der U. S. P. und der jetzt in ihrem Fahrwasser segelnden K. P. D. erhalten, wenn sie zur Regierung gelangt wäre. Wir sind jedenfalls die letzten, die dies gehindert hätten. Denn die Lektion, die die Regierung Ebert-Haase im November und Dezember 1918 gegeben hat, ist offenbar nicht ausreichend gewesen für die Erkenntnis, daß die U. S. P. das Unglück des deutschen Proletariats ist. Daß sie es durch schein-revolutionäre Pläne beschwindelt und von der wirklichen Aktion zurückhält. Genau so, wie es ehemals die Scheidemänner gemacht haben. Nur daß diese jetzt es nicht mehr nötig haben, im revolutionären, sondern nur noch in sozialistischen Schwindel zu machen.

Die U. S. P. ist das Unglück Deutschlands, die K. P. D. kann ihr Leben nur noch fristen als Schrittmacher der U. S. P. [illegible] „Rote Fahne" [illegible]

Allgemeiner Nachrichtenteil

24. Juni. Die Entente verbietet im besetzten Gebiet den zehnprozentigen Steuerabzug vom Lohn. — Generalstreik in Mailand zum Protest gegen die Entlassung von Eisenbahnern wegen Verhinderung von Kriegsmaterial-Transporten. — Infolge des Boykotts des Internationalen Gewerkschafts-Bundes kündigt die ungarische Regierung ihren Rücktritt an. — Der polnische Gesandte in Berlin erhält den Auftrag, in London mit Krassin wegen Friedensverhandlungen Fühlung zu nehmen.

24. Juni. Die Alliierten verlangen Herabminderung der deutschen Armee auf 100 000 Mann, gestatten aber Erhöhung der Polizeitruppe von 80 000 auf 150 000.

25. Juni. Das neue polnische Kabinett besitzt die volle Unterstützung von rechts, die Mitte übt Zurückhaltung, die Linke steht in scharfer Ablehnung. — Der Mailänder Eisenbahnerstreik ist beendet. — In Ungarn droht Militärputsch. — Der Deutsche Reichstag ist eröffnet. — Lebensmittelkrawalle an mehreren Orten im Reich.

26. Juni. Die Konferenz von Spa wird auf den 5. Juli festgesetzt. — Die englische Arbeiterpartei verlangt die Selbständigkeit Irlands. — In Mesopotamien soll ein Staatsrat unter einem arabischen Präsidenten und eine freigewählte Nationalversammlung eingerichtet werden auf Wunsch Englands. — Die nationalistischen Türken in Klein-Asien machen Fortschritte und beherrschen ganz Anatolien. — Der Landarbeiterstreik in Hinterpommern ist beendet.

27. Juni. Der Ausschuß für Kriegsentschädigung Deutschlands schätzt die von Deutschland zu zahlende Summe auf 7 000 000 000 Pfund Sterling. — In Ancona (Italien) schwere Kämpfe zwischen Soldaten, die nach Valona abtransportiert werden sollten und regulären Truppen; desgleichen in Triest und Brindisi.

28. Juni Die Lebensmittel-Unruhen in Deutschland nehmen immer weiteren Umfang an. Es werden solche gemeldet aus Hamburg, Mainz, Bremen, Dortmund, Duisburg, Magdeburg, Bremerhaven, Lehe, Geestemünde, Höchst a. M., München.

29. Juni. Weitere Lebensmittel-Unruhen in Cuxhaven, Würzburg, Heidelberg, Karlsruhe, Radolfzell. — Die Berliner Straßenbahner haben in geheimer Abstimmung den Streik beschlossen. — Ueber Hamburg, Würzburg und Schleusingen wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Deutschlands Bankrott.

Man schreibt uns:

Der Schwerpunkt Deutschlands, auch des politischen, liegt nicht in der Nationalversammlung. Der ganze Hottentottenzirkus mit der Wahlvorbereitung und Wahlpropaganda ist nur ein Feuerwerk gewesen, das unter lautem Knallen sich entzündet hat und rasch verbrannt ist. Einige Tage noch werden die Wahlen für die Tagesblätter dankbares Stoff bieten und auch die Phantasie der Leser etwas erhitzen, doch aber werden sie von aktuelleren Ereignissen überholt sein. Deutschland steht, wie die übrige Welt, in einer akuten ökonomischen Krise, nur werden voraussichtlich die Erscheinungsformen derselben in Deutschland besonders scharfe sein. Es muß allen bekannt sein, daß die Produktion in Deutschland als heute fast keine merkliche Steigerung erfahren hat, daß die Warenmenge dadurch nicht behoben werden konnte, damit aber auch das Elend und die Not nicht gelindert werden konnten. Die Ursachen der niedrigen Produktion Deutschlands sind vor allem der Lebensmittel- und Rohstoffmangel, deren Beseitigung von so vielen außenpolitischen Erwägungen, Profit- und Konkurrenzgedanken abhängig ist, daß eine wesentliche Abhilfe ausgeschlossen erscheint. Die Folge dieser Not und Streits, Aufstände, Unruhen, kurz der bekannte Kreislauf der wirtschaftlichen Hemmnisse. Was aber in Deutschland produziert worden ist, das wurde infolge der niedrigen Valuta ins Ausland hinausgetrieben. Diese Konjunktur schädigte aber das deutsche Wirtschaftsleben, weil die Arbeit nicht Waren für das warenhungrige Deutschland erzeugte, sondern eine die eigene Wirtschaft zerstörende Spekulation diese Waren dem deutschen Markte entzog und sie für augenblickliche Gewinne auf den ausländischen warf. Die starke Inanspruchnahme der Industrie hatte doch den einen Vorteil, daß eine Menge Arbeitsloser Beschäftigung fand. Plötzlich ist die deutsche Valuta in die Höhe gegangen, also eine Erscheinung, welche die Mehrzahl der Deutschen jeglichen herbeiwünschte. Und da bewies sich wiederum einmal der Widersinn des heutigen Kapitalismus. Die Steigerung der Valuta vor ein neuer Schlag gegen das deutsche Wirtschaftsleben. Denn abgesehen davon, daß durch die fortwährenden Schwankungen der Valuta jede Kalkulation unmöglich ist, hatten sich in Deutschland die Preise der Waren den Weltmarktpreisen mit Riesenschritten genähert, so daß mit der Höherwertung der Mark die deutschen Waren den Ausländer zu teuer wurden und er alle seine Bestellungen jählings widerrief. Dadurch verlor die ganze deutsche Industrie die aufnahmfähigen Hauptkunden, ganze Betriebe stellen jetzt ein, Massen von Arbeitern werden im ganzen Reiche ausgesperrt. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten Tagen erschreckend rasch hinaufgeschnellt, eine Menge Familien dem Elend preisgegeben, eine neue Phase der ökonomischen Krise ist aufgegangen. Ihre nächste Folge wird eine Streikwelle sein, der Rattenschwanz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wickelt sich los, um sich in einen immer unlösbarern Knäuel zu verwickeln. — Eine besondere Erscheinungsform der latenten Krise in Deutschland ist jetzt die Konsumentenkrise. Mit Ausnahme der Lebensmittel und sonst fast alle Bedarfsartikel für die ungeheure Mehrzahl der Verbraucher Luxusartikel geworden, so daß jetzt das Angebot dieser Waren weit die Nachfrage überfteigt und die Preise — bei gleichbleibenden hohen Lebensmittelpreisen! — plötzlich sinken. Auch das ist nun ein Krankheitssymptom und kein Grund zu irgend welchen angenehmen Erwartungen. Denn nicht ein Preissturz bedeutet heute die Gesundung des Wirtschaftslebens, sondern eine starke Warenvermehrung auf dem deutschen Markt. Die Voraussetzung der Preissätze ist in der heutigen Gesellschaft nicht die Produktionssteigerung, sondern die erdrosselte Kaufkraft der Konsumenten. Der Rückgang der Preise am deutschen Markte ist wiederum mit einer Lahmlegung der Industrie, die durch den Preissturz nicht mehr den Anreiz der riesigen Hochkonjunkturgewinne besitzt, verbunden, was wiederum zu weiterer Arbeitslosigkeit führen wird.

Es geht nicht allein in der Industrie, auch in der Landwirtschaft zieht sich ein Ungewitter zusammen. Die Landarbeiter wollen streiken! Dieser Streik wird nur der Auftakt zu einer Reihe von Kämpfen unter den Landarbeitern sein. Es ist eine allgemeine Erscheinung, daß jede Landarbeiterbewegung, vom Strudel des Aufruhrs einmal erfaßt, bald die radikalsten Formen annimmt. Besonders stark ist die Landarbeiterbewegung in Preußen, da vor allem in Pommern, und nur die allgemeine Unkenntnis der Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft macht die allgemeine Unterschätzung der kommunistischen Bewegungen unter den deutschen Landarbeitern und armen Bauern erklärlich. Ein Blick in die Rubrik: Land- und Forstwirtschaft und Fischerei des statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich, Jahrgang 1919, dürfte den Radikalismus der deutschen Landarbeiter und armen Bauern gleich verständlicher machen. Während beispielsweise in Deutschland 300 landwirtschaftliche Betriebe (der einzelne Betrieb mit über 1000 Hektar, also Großgrundbesitz) zusammen an landwirtschaftlicher Fläche 497 973 Hektar besitzen, umfassen 2 084 060 Betriebe (der einzelne Betrieb mit unter 50 Ar) nur 354 558 Hektar, davon die 921 830 Betriebe mit 20—50 Ar pro Betrieb (mittlerer Bauer) 320 996 Hektar, die 634 040 Betriebe mit 5—20 Ar 89 063 Hektar und die 488 181 Betriebe unter 5 Ar gar nur 10 564 Hektar landwirtschaftlicher Fläche. In Preußen umfassen ungefähr 3 200 000 Betriebe von 2—20 Hektar 5 600 000 Hektar, dagegen 19 000 mit über 100 Hektar um 100 000 Hektar mehr, also 5 900 000 Hektar!

So ernstlich man auch die Möglichkeiten einer gründlichen Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in Erwägung ziehen kann, so sind doch bei der genauesten Prüfung keine solchen vorhanden. Die Rohstoff- und Kreditfrage ist am lange Zeit ausschlaggebend eine unglückliche. Sie ist ja nicht allein eine spezifisch deutsche, sondern eine allgemeine europäische Frage. Immer unmittelbarer wird aber an Deutschland das Entschädigungsproblem herantreten: Frankreich hat ja seine ganze Wirtschaft auf den Entschädigungen, zu welchen Deutschland der Friedensvertrag von Versailles verpflichtet, aufgebaut und wird alle Schritte unternehmen, um die Zahlungen durchzusetzen. Die Folge wird in Deutschland ein unerhörtes Elend sein, das mit seiner ganzen Wucht auf die ungeheuren Massen der Armen dann fallen wird. Der Elendand der Arbeiter und der Schichten des sogenannten Mittelstandes wird sich nicht verbessern, eher noch verschlechtern. Die Wirkungen werden nicht ausbleiben. Nicht nur daß der Radikalisierungsprozeß unter den Arbeitern noch rascher vorwärts schreiten wird als bisher, auch weite Schichten der Intelligenz, welche heute der Arbeiterbewegung feindlich oder gleichgültig gegenüberstehen, werden sich der Idee des Kommunismus nicht verschließen können, und es ist sicher zu erwarten, daß bei den starken nationalen Einschlag dieser Kreise nach monarchistischen Putschen diese sich mit einer Art „Nationalbolschevismus" einverstanden erklären werden. Es gilt, um sich aus Gründen, welche besonders zu erörtern hier nicht der Platz ist, nicht schwer genug werden kann.

Politische Rundschau.

Reichstagseröffnungsrede Ebert.

Im Reichstag feierliche Eröffnung. Einer der ersten Akte: Erhöhung der Diäten der Herren Abgeordneten. Im Reich steigende Arbeitslosigkeit, offene Empörung hungernder Proletarier. In Ulm und Stuttgart, in Mainz und Frankfurt, in Hamburg, im Ruhrgebiet, überall in Deutschland haben die Proletarier zur Selbsthilfe gegriffen, an vielen Stellen ist Blut geflossen. Einen Ausweg aus Teuerung und Not gibt es für die Arbeiter nur durch Uebernahme der Produktion, durch Einführung der Gemeinwirtschaft. Statt auf diesen eine Lösf rücksichtslos hinzuarbeiten, denn die ökonomischen Verhältnisse sind überreif dafür, balgten sich die Parteien unter Verbarrikadierung von Millionen-Summen 8 Wochen lang um Reichstagsmandate. Nachdem sie den Generalstreik im März, der das Ende bringen konnte, abgewürgt haben. Was tun sie jetzt? Sie übertreffen sich in demokratischen Phrasengeklingel und warnen vor jeder Aktion, außer von ihren eigenen. Worin bestehen diese? Die unabhängige Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingereicht „Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun — — —?" „Wie und wann gedenkt der Herr Reichskanzler — — —?" „Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu unternehmen — — —?" Wahrheitig, eine überaus kühne revolutionäre Aktion. Gleichzeitig, freilich verlegener geht Spartakus zu Werke. Er, der es nicht eilig genug damit hatte, von den „syndikalistischen Verräterien" des Ruhrgebiets abzurücken, weil deren große Aktion unterstützt wirklich revolutionäre Folgen haben könnte, wagt es, zu schreiben: „Es fällt der Kommunistischen Partei nicht ein, von den Arbeitermassen, wenn sie einmal eine politisch unbeteiligte Handlung begehen, abzurücken, sie im Stiche zu lassen. Im Gegenteil, die Arbeiter von Ulm usw., deren lang aufgestaute Erbitterung sich im Sturm auf das Rathaus Luft machte, waren gar politisch im Unrecht, dafür aber im vollen moralischen Recht. Nach diesen entzückenden Worten, die das bestätigen, was wir schon immer behauptet haben, daß nämlich für Spartakus Moral und Politik getrennte Angelegenheiten sind, leistet er sich dann eine Faite revolutionärer Phrasen über Behörden, die zum Teufel gejagt werden müssen usw. Er weiß nämlich, daß diese Phrasen für ihn keine Folgen haben werden.

Die Unabhängigen auf dem Kongreß der 3. Internationale.

Wie die „Freiheit" mitteilt, wurde am 9. Juni der U. S. P. D. vom Exekutivkomitee Sekretariat die Tagesordnung des 3. Internationalen Kongresses der Kommunistischen Internationale übersandt; es hieß in den Schreiben: „Wir schlagen euch vor, die von euch beschlossene Delegation nach Moskau abzusenden, daß es hieß in der schlimmsten Not der Zeit als Kämpfer ich mit Begeisterung für die Sache der Proletariats ohne Rücksicht auf meine Person. Zweimal habe ich die Festung Wöln als Gefangener besucht und als im Anfang November 1918 bei uns bei der Marine die Revolution ausbrach, da kamen mir Tränen der Freude. Wunderbare Geschichte Soldatenrichten und und vor Kielnen gewissen Augen erschienen sich unbekannte Menschen, die doch noch Leute es zu kämpfen, um den Sieg vollständig zu machen. Bremen, Essen, Düsseldorf, Köln und anderen Städten haben wir in den ersten Tagen aufgeholt und befreiten dort die politischen Gefangenen. Am 12. November 1918 war ich im Marstall in Berlin. Die Marine aus Cuxhaven wollte schon zurück, weil sie schon damals bei Bertrauen zu den Führern verloren hatte und nicht wusste, ob wenn sie doch halten sollten. Einige Kameraden und ich halten einen schönen Sonntag, um sie zum Bleiben zu bewegen. Habe Tag für Tag im Sinne der Arbeiterschaft gewirkt, ohne auf Dank zu warten oder irgend einen Posten zu erhaschen. Bei der U. D. M. wurden wir unterstützt und kamen zu R. S. W., um am 16. März 1919 den letzten Schlag zu bekommen. Ich verlor den Mut und die Lust nicht, weil ich kann der Enbitte mutzte kommen. Da ich in Berlin keine Arbeit bekommen konnte, ging ich nach Essen, und habe dort als Bergmann gearbeitet und weiter für die Arbeiterschaft im Unabhängigkeitsinne gewirkt. Der Kapp-Putsch kam, und ich wurde Mitglied der roten Armee. Bis Wesel sind wir gekommen. Mein Kriegerbild gemäße ein einzen Rückschlag, bis der verräterische Waffenstillstand kam und der „Aufhaltsbefehl" in Bielefeld. Wer trägt die Schuld an allem? Wen lage mir nicht nicht, daß die Führer der S. P. D. oder U. S. P. allein die Schuld haben, nein, auch die Führer der K. P. D. haben sich ganz erbärmlich benommen. Vor dem „goldenen Kalb" haben auch sie nicht standhalten. Auch sie haben diesen Götzen, den sie angeblich bekämpfen, an. Als Flüchtling kam ich nach Berlin, dann nach Königsberg, um von dort nach Russland zu gelangen, doch vergeblich, ich wurde zurück nach Berlin. Meine Arbeit, die Verbreitung und nach Politik. Bin bei der „Roten Fahne", bei der „Freiheit" gewesen, gerne meine Not geschildert, und daß ich mein junges Schicksal verwichtet habe. Doch kaum daß ich angeführt wurde, schickte man mich nach Pontius zum Pilatus. Nach Essen habe ich geschrieben mit der Bitte, mir ein neues Parteibuch auszustellen, da ich das alte verschlossen mußte. 8 Wochen und noch keine Antwort. Potentsprüfung sind sie alle, und die Leute, die auf Idealismus bei der Sache sind, die kommen gar nicht in Frage, so verschwindend kleine ist ihr Zahl. Mein Glauben und der vieler tausender begeisterter Anhänger des Kommunismus ist erschüttert. Das Bertrauen wurde mißbraucht, und es sind viele Arbeiter auf einem toten Punkt angelangt, nicht politisch, nur ihre Tatkraft ist. Dies sind alles erzeugt durch unsere Führer, die sich gegenseitig bekämpfen, keine der linken Parteien hat mein Vertrauen besitzen können. Nun hat das Proletariat eine K. P. D. D. vielleicht kann hier das Bertrauen wiederkommen und die Sachen der Arbeiterschaft neben nicht so schlecht. Nicht als Bittender, auch nicht mit Mitnehmen bestimmt treie ich auf, nein, das, was ich verloren habe, kann mir kein Mensch ersetzen. Durch mein Schicksal berichte ich noch dem unserer Amerikaner, die durch ihr Bilder Wirken alles verloren haben. Was sie denk leiser, niemand kenntnis, weil sie selbstlos der Sache dienen. — W. D.

Noske!

Das Proletariat revoltiert gegen Steuerabzug vom Lohn und Lebensmittelwucher. Chaos steht vor der Tür und droht eine verschärft einsetzende Auflösung und Auspowerung der verelendeten Massen bringen. Der Boden kniistert und bebt. Das Grollen der sozialen Revolution wird vernehmbar.

Ein Mann ist, der den Arbeitern die Knochen entgegen zu schlagen droht, wenn sie nicht für die Aufrechterhaltung der inn und ausländischen Bourgeoisie arbeiten wollen bis zum Zusammenbrechen. Ein Mann ist, der die Mörderbanden der Weißen hätschelte und schützte. Der Hunderte von Proletariern vernichtete. Ein Mann ist, dem die Flüche und die Tränen von Tausenden von Proletarier-Frauen und Kindern gelten, wenn sie hungernd zusammensinken. Ein Mann ist, der die Revolution Hetzt mit dem ganzen besinnungslosen Haß des Arbeiterfeindes.

Der Mann heißt Noske. Im Reichsrat haben sie Handen auf seinen Namen gelegt — und haben die treuen Köter wieder umbenannt, weil sie's als Schändung der Kreatur empfanden.

Dieser Noske ist Oberpräsident der Provinz Hannover geworden! Denn der Boden kniistert und bebt, das Grollen der sozialen Revolution wird vernehmbar. Sie brauchen solche Leute. Der Noske wird der Hall sein, um den sich in der Berufungsgesellschaft hannoverscher Schlösser und Häuser die Banden der Weißen sammeln und gruppieren werden.

Die russisch-schwedischen Handelsabmachungen.

Stockholm. Wie falsher gemeldet, hat der russische Volkskommissariat durch seinen Vertreter Krassin vor einiger Zeit mit einem schwedischen Konsortium neben anderen großen Geschäften auch die Lieferung von 1000 Lokomotiven im Laufe von beiden Jahren abgeschlossen. Dieses Konsortium hat jetzt fast das ganze Aktienkapital (6 Mill. Kronen) der größten schwedischen Lokomotivfabrik, der Nydqvist u. Holm Aktiengesellschaft in Trollhätta, erworben. Da die Fabrik nur 100 Lokomotiven jährlich liefern kann, ist eine beträchtliche Erweiterung ihrer Betriebe geplant.

Gehetzt.

Eine Skizze.

Folgender Bericht wird uns übersandt:

Berlin, den 26. Juni. 1920.

Als ich 1916, durch einen Kameraden eingeführt, eine geheime kommunistische Versammlung besuchte, fand ich die Bestätigung dessen, was seit Jahren in mir schlummerte. Von der Zeit ab kämpfte ich mit Begeisterung für die Sache der Proletariats ohne Rücksicht auf meine Person. Zweimal habe ich die Festung Wöln als Gefangener besucht und als im Anfang November 1918 bei uns bei der Marine die Revolution ausbrach, da kamen mir Tränen der Freude. Wunderbare Geschichte Soldatenrichten und und vor kleinen gewissen Augen erschienen sich unbekannte Menschen, die doch noch Leute es zu kämpfen, um den Sieg vollständig zu machen. Bremen, Essen, Düsseldorf, Köln und anderen Städten haben wir in den ersten Tagen aufgeholt und befreiten dort die politischen Gefangenen. Am 12. November 1918 war ich im Marstall in Berlin. Die Marine aus Cuxhaven wollte schon zurück, weil sie schon damals das Bertrauen zu den Führern verloren hatte und nicht wusste, ob wenn sie doch halten sollten. Einige Kameraden und ich halten einen schönen Sonntag, um sie zum Bleiben zu bewegen. Habe Tag für Tag im Sinne der Arbeiterschaft gewirkt, ohne auf Dank zu warten oder irgend einen Posten zu erhaschen. Bei der U. D. M. wurden wir unterstützt und kamen zu R. S. W., um am 16. März 1919 den letzten Schlag zu bekommen. Ich verlor den Mut und die Lust nicht, weil ich kann der Enbitte mutzte kommen. Da ich in Berlin keine Arbeit bekommen konnte, ging ich nach Essen, und habe dort als Bergmann gearbeitet und weiter für die Arbeiterschaft im Unabhängigkeitssinne gewirkt. Der Kapp-Putsch kam, und ich wurde Mitglied der roten Armee. Bis Wesel sind wir gekommen. Mein Kriegerbild gemäße ein einzen Rückschlag, bis der verräterische Waffenstillstand kam und der „Aufhaltsbefehl" in Bielefeld. Wer trägt die Schuld an allem? Wen lage mir nicht nicht, daß die Führer der S. P. D. oder U. S. P. allein die Schuld haben, nein, auch die Führer der K. P. D. haben sich ganz erbärmlich benommen. Vor dem „goldenen Kalb" haben auch sie nicht standhalten. Auch sie haben diesen Götzen, den sie angeblich bekämpfen, an. Als Flüchtling kam ich nach Berlin, dann nach Königsberg, um von dort nach Russland zu gelangen, doch vergeblich, ich wurde zurück nach Berlin. Meine Arbeit, die Verbreitung und nach Politik. Bin bei der „Roten Fahne", bei der „Freiheit" gewesen, gerne meine Not geschildert, und daß ich mein junges Schicksal verwichtet habe. Doch kaum daß ich angeführt wurde, schickte man mich nach Pontius zum Pilatus. Nach Essen habe ich geschrieben mit der Bitte, mir ein neues Parteibuch auszustellen, da ich das alte verschlossen mußte. 8 Wochen und noch keine Antwort. Potentsprüfung sind sie alle, und die Leute, die auf Idealismus bei der Sache sind, die kommen gar nicht in Frage, so verschwindend kleine ist ihr Zahl. Mein Glauben und der vieler tausender begeisterter Anhänger des Kommunismus ist erschüttert. Das Bertrauen wurde mißbraucht, und es sind viele Arbeiter auf einem toten Punkt angelangt, nicht politisch, nur ihre Tatkraft ist. Dies sind alles erzeugt durch unsere Führer, die sich gegenseitig bekämpfen, keine der linken Parteien hat mein Vertrauen besitzen können. Nun hat das Proletariat eine K. P. D. D. vielleicht kann hier das Bertrauen wiederkommen und die Sachen der Arbeiterschaft neben nicht so schlecht. Nicht als Bittender, auch nicht mit Mitnehmen bestimmt treie ich auf, nein, das, was ich verloren habe, kann mir kein Mensch ersetzen. Durch mein Schicksal berichte ich noch dem unserer Amerikaner, die durch ihr Bilder Wirken alles verloren haben. Was sie denk leiser, niemand kenntnis, weil sie selbstlos der Sache dienen. — W. D.

Gewerkschaftliches.

Verbandstag der Bäcker und Konditoren.

Die Gewerkschaftsbewegung kommt aus den Sorgen nicht heraus. Betriebsorganisation, Arbeitszeit, alles höchst laute Dinge. Da muß man hin und wieder einen Tag der Erholung verschaffen. So geht denn kein Verbandstag vorüber, ohne daß man nicht durch Stimmungsmache heraus die Bösartigkeit dieser Angelegenheiten und die ultrapreußische Borniertheit der beiden Generalkommissionen erfährt. Das geschah auch auf dem Bäckerkongreß. Und zwar hier in einer ganz besonders niederträchtigen Manier. Der Schande dieser Gesellschaft seien hier einige Resolutionen abgedruckt, die es fertig bringen, proletarische Streikenkämpfer mit technische Nothilfe auf eine Stufe zu stellen.

Die Delegierten des 15. Verbandstags erklären, daß die Mitglieder der nationalistischen Betriebsorganisation oder Mitglieder deren Betreibungen direkt oder indirekt dienen, nicht mitgliedsfähig Zentralverbandes bei Bäcker und Konditoren sein können.

„Ein zum Beschluß erhobener Satzung spricht aus, daß Mitglieder der Deutschen Nothilfe nicht zum Mitglieder des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren sein können."

Solche Menschen müssen natürlich glauben, schon etwas Besonderes für den Sozialismus getan zu haben, wenn sie solche Beschlüsse vorgenommen haben. Beschlossen wird von Verband des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, erstens, sobald wie möglich einen außerordentlichen Gewerkschaftstag einzuberufen, um die durch den Kapp-Putsch geschaffene neue Situation zu klären."

Der Koch ist dumm, pflegte der Junker Bismarck zu sagen.

Trotz alledem, als schnell und brenzlig es überall so auch hier. Der Bericht vom Verbandstag plaudert nämlich darüber daß man in unerhörter Weise gegen Antrag Erfahrungen gegen D. O. Stellung nahm, daß die Berliner Vertreter Beiträge Herrn beziehungsweise, daß die Bonzen sich gegen die revolutionären Arbeiterbewegung betrunken, und daß endlich die Aufforderung der „Arbeitsgemeinschaften" nur anerkannt wurde, aber mit 108 gegen 47 Stimmen.

Michel bedarf noch stärkere Stöße, um noch zu erschüttern. Sie werden nicht ausbleiben. Lieber gest-jeder verlorene Tag auf seine eigenen Kosten.

Fronarbeit.

(Fortsetzung.)

— Hinzugefügte Bestimmungen aus dem Berliner Vertrag.

Artikel 240.

Unter Vorbehalt der von dem Wiedergutmachungsausschuß etwa bewilligten Ausnahmen hatten die gesamte Heeres- und die Kriegsmaterialien des Deutschen Reichs und der Deutschen Staaten an erster Stelle für die Deckung der Kosten der Wiedergutmachung und aller anderen Pflichten, die sich aus den gegenwärtigen Vertrag oder aus allen zu ergänzenden Verträgen und Uebereinkommen oder aus den gesetzlichen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten rechtsgültig bei Waffenstillstands und seinen Erläuterungen geschlossenen Abmachungen ergeben.

Bis zum 1. Mai 1921 darf die deutsche Regierung ohne vorherige Zustimmung der durch den Wiedergutmachungsausschuß bestimmten alliierten und assoziierten Mächte weder Gold ausführen oder darüber verfügt noch seine Ausfuhr oder die Verfügung darüber gestatten.

Artikel 240.

Deutschland trägt die gesamten Unterhaltskosten der alliierten und assoziierten Heere in den besetzten deutschen Gebieten von der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags vom 11. November 1918 an. Darunter fallen: die Aufgaben für die Ernährung der Personen und Tiere, für Einquartierung und Unterbringung, für Sold und andere Gebührnisse, für Gehälter und Löhne, für Kleidung, Heizung, Beleuchtung, Gesundheitsdienst, Verwaltung, Ausrüstung, Transportmittel, Beförderung und sonstigen Bedarfsartikel und Dienstleistungen, die für die Bedürfnisse der Truppen, die Erhaltung ihrer Gesundheit und ihrer militärischen Leistungsfähigkeit erforderlich sind.

Die deutsche Regierung hat den alliierten und assoziierten Regierungen alle Ausgaben der obenbezeichneten Art, soweit sie auf Käufen oder Bestellungen der alliierten und assoziierten Regierungen in den besetzten Gebieten beruhen, in Mark zum Kurs von 25 pro Dem von dem Deutschland zugestandenen Gesamtbetrag erhalten. Alle anderen oben aufgeführten Ausgaben sind Mark Gold zu bezahlen.

(Fortsetzung folgt.)

Der englische Text: „Soldier and Gardening", der englische Text: „zum vorstehenden Satze".

Bewegung im Auslande

Die dritte Internationale.

London. (Wolff.) Die Arbeiterkonferenz in Scarborough nahm einen Antrag auf Austritt aus der zweiten und Eintritt in die dritte Internationale mit überwältigender Mehrheit an.

Prag. (Wolff.) Der Sozialistenkongreß nahm mit 5000 gegen 1000 Stimmen eine Motion an, die besagt, daß die tschechische Partei Spaniens der dritten Internationale beitritt.

Aus Groß-Berlin.

Zum Neuaufbau der Partei!

Genossinnen und Genossen!

Der ordentliche Parteitag unserer Organisation steht vor der tür. Große Erwartungen werden auf ihn gesetzt. Es soll die Partei ein Programm zu geben, muß die Stellung zur 3. Internationale präzisieren. Und machen soll dem Gründungs-Parteitag die Organisation fertig gewachsen ist, muß sie fester und auf solider Grundlage organisatorisch erfaßt werden.

Der Groß-Berliner Wirtschaftsbezirk hat sein gut Teil dazu beigetragen, und alle Versammlungen mussten im Zeichen des Parteitages stehen. Zum großen Teil haben die Mitgliedschaften in den Bezirken Stellung genommen und die Bezirksleiten zur Groß-Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz sind im Gange. Die Wahlen zur Bezirksdelegiertenkonferenz sind sofort vorzunehmen.

Auf Grund des § 5 der Ortsgruppenordnung (abgedruckt in Nr. 79 der „Roten Fahne") entsendet auf je 50 Mitglieder 1 Delegierter. Ueberschreitet der verbleibende Bruchteil 25 Mitglieder, so ist noch ein weiterer Delegierter zu entsenden. Die Mitgliederzahl eines Bezirks ist auf Grund der im letzten Monat abgerechneten Beiträge festzusetzen. Die Wahl der Delegierten eines Bezirks ist in einer Mitgliederversammlung desselben vorzunehmen, und erfolgt vor einer Vollversammlung erneut. Die Vollversammlung faßt ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Berechtigt zur Abstimmung sind nur die mit einem Mandat Ihrer Mitgliedschaft versehenen Delegierten.

Am Dienstag, den 29. Juni, fand eine funktionärs Sitzung Groß-Berlins statt, die sich hauptsächlich mit unserer Stellungnahme zum kommenden Parteitag beschäftigte. Es wurde beschlossen, einer demnächst folgenden Delegiertenversammlung folgende Anträge zu unterbreiten:

Anträge zum Programm.

Der 1. Unterbezirk beantragt:

1. Im Programm den Gedanken der Arbeitsschule mit absoluter Klarheit zum Ausdruck zu bringen.
2. Auf Seite 9, Reihe 11 des Programmentwurfs die Worte „für die" mit „gegen" zu ersetzen.
3. Im Programm die Fremdwörter zu erläutern.

Der 2. Unterbezirk:

ist sich vollständig einig, daß das Programm der K. A. P. D. so wie es als Entwurf gedacht, in der Tat als Grundlage der P. A. P. D. gelten kann und gibt dem Parteitag auf, dieses ohne jede Aenderung anzunehmen.

Der 9. Unterbezirk beantragt:

daß unsere Stellung zum Schulwesen und die Bundesarbeiterfrage im Programm der K. A. P. D. dargelegt wird.

Der 10. Unterbezirk beantragt:

Auf Seite 14 des Programmentwurfs unter II. Auf wirtschaftlichem, sozialen und kulturellem Gebiet: Absatz 2: An Stelle Großbetriebe das Wort „Betriebe" zu setzen.

Absatz 3 soll lauten: „Konfiskation aller Vermögen". (Alles andere fällt weg.)

Der 3. Unterbezirk hat zum Programm folgende Aenderungen vorzunehmen:

I. 1. Anstatt „goods gemeinsamer" ist zu setzen „und gemeinsame".

II. 8. Der Text hat nur zu lauten: „Konfiskation aller Vermögen".

Anträge zum Thema „Nation und Internationale".

Der Bezirk Groß-Berlin hält den Standpunkt der Hamburger Genossen, wie er hauptsächlich durch die Genossen Wolffheim und Laufenberg erpräzisiert wird, betreffend die Frage der Nation, resp. Burgfriedens, Volkskrieg usw. für richtig und bittet den Programm der KAPD. Gerichtet bestimmt die Organisationen und einzelne Gen., die diesen Standpunkt teilen, daraus auch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Anträge zu „Organisationsfrage".

Ein Genosse beantragt:

an den Namen K. A. P. D. festzuhalten, da die Partei auf dem Standpunkt der Eroberung der politischen Macht steht und die Partei die besten Kräfte zusammenfaßt.

Der Bez. Gr.-Berlin beantragt, den organisatorischen Aufbau der Partei in der alten Form gemäß des Organisationsstatuts beizubehalten.

Als Bezirk der Partei gilt weiterhin Berlin.

Die Mitglieder des geschäftsführenden Hauptausschusses schlägt die Delegierten-Versammlung vor.

Der Bezirk Groß-Berlin beantragt, den Pflichtbeitrag für den Reichsausschuß in der alten Höhe und Form weiter abzuführen.

Ein Genosse beantragt:

Da wir keine „Führerpartei" im üblichen Sinne des Wortes sind, werden die Genossen in allen Wirtschaftsbezirken verpflichtet, jede außerliche und unnütze Propaganda mit Namen jetzt bekannter Genossen, lediglich um des zugkräftigen Namens willen, zu unterlassen.

Abgelehnt gegen einzelne Stimmen wurden Anträge, die den sofortigen Ausschluß Wolffheims und Laufenbergs, verlangten, die sich für augenblickliche Propagierung des revol. Volkskrieges aussprachen und die die fördernden Aufbau der Partei verlangten.

Ueber nachstehenden Antrag wurde wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr abgestimmt:

Der 1. Unterbezirk beantragt:

nachfolgende Satzungen zu diskutieren und nach Durcharbeitung dem Parteitag zur Annahme zu empfehlen.

Satzungen der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Jede Person, die nicht ausbeuterische Berufstätigkeit gegen das Kapital, oder Kapitalinteressen betrieben hat, kann Mitglied der K. A. P. D. werden, wenn die Bezirks-Mitgliederversammlung die Aufnahme beschließt.

Ausschluß erfolgt bei Beschluß der Bezirks-Mitgliederversammlung bei einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden, wenn sämtliche Mitglieder vor Stattfinden der Versammlung unterrichtet waren. Bei Berufungsbehandlung, welche beim Leiter des betr. Bezirkes zu geschehen hat, der sie an den Ortsvollzugsausschuß weitergegeben hat, durch die Orts-Mitgliederversammlung (Generalversammlung).

Der Beitritt zur Partei kostet —,20 ℳ und ist sofort der 1. Monatsbeitrag von 5,— ℳ für männliche oder von 1,50 ℳ für weibliche oder jugendliche Personen von 18 bis 19 Jahren mit zu entrichten. Mitglieder, die Arbeitslosigkeit von mehr als 14 Tagen Dauer während des betr. Monats nachweisen, zahlen keinen Beitrag.

Die Orts-Organisation ist in Bezirke bis zu 500 Mitgliedern eingeteilt. Ueberschreitet ein Bezirk diese Mitgliederzahl, ist ein Unterbezirk zu bilden, der nicht über 500 Mitglieder haben darf, sondern ist dann aus ihm ein selbständiger Bezirk zu bilden. Die territoriale Abgrenzung geschieht durch den Vollzugsausschuß.

Der Vollzugsausschuß besteht aus 8 Personen, welche durch die Orts-Kassikommission der Generalversammlung zur Wahl vorzuschlagen sind. Die Kassikommission besteht aus je einem Mitglied jeden Bezirkes des Ortes, den nicht Bezirksleiter oder Mitglied des erweiterten Orts-Vollzugsausschusses sein darf.

Der erweiterte Vollzugsausschuß besteht aus je einem zu jeder Vollzugssitzung delegierten Vertreter der Allgemeinen Arbeiter-Union, der Ortsparteipresse, der Jugend, der Presse-Kommission, der Bildungsausschuß, der Arbeiterratsfraktion und aller Vertreterin der Frauen-Ausschüsse, sowie der Wirtschaftskommission, zusammen 15 Personen mit Sitz und Stimme.

Von den Mitgliedern des engeren Vollzugsausschusses sind 4 im Januar und Juli jeden Jahres zu ersetzen und zwar halbjährlich abwechselnd, so daß immer 4 von den alten Mitgliedern dem engeren Vollzugsausschuß angehören. Wiederwahl einer Person innerhalb von 2 Kalenderjahren ist nicht zulässig.

Der Orts-Vollzugsausschuß steht in fester Verbindung mit allen Orts-Vollzugsausschüssen des gleichen Wirtschaftsbezirks. Die Abgrenzung der Wirtschaftsbezirke geschieht nach wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten durch die Reichs-Parteileitung, die aus 10 Mitgliedern besteht.

Die Reichsleitung wird durch die Wirtschafts-Bezirksleitung und sich heraus gewählt.

Die Wirtschafts-Bezirksleitung besteht aus je einen durch die Generalversammlung jedes Ortes bestimmten Delegierten. Der Wirtschafts-Bezirksleitung kann kein Mitglied der Vollzugsausschüsse angehören.

Reichs- und Wirtschafts-Bezirksleitung werden nach demselben Modus wie die Orts-Vollzugsausschüsse gewählt und erhalten.

Die Reichsleitung hat jedes Jahr im 1. Quartal einen Parteitag einzuberufen, der jedesmal in einem anderen Bezirk tagt. Die Tagesordnung wird nach den Wünschen der Wirtschaftsleitungen aufgesetzt.

Der Parteitag wird beschickt mit den Delegierten der Ortsbezirke und Delegierten der Allgemeinen Arbeiter-Union, der Parteipresse, der Jugend, der Bildungs-Ausschüsse, der Wirtschafts-Kommissionen und Vertretern anderer Parteien des Auslandes, die ihre Zahlung nur beratend und nicht stimmberechtigt beiwohnen. Die Vertretungs-Delegierten

dürfen nicht den Bezirksleitungen oder den betr. Ausschuß- oder Kommissionsleitungen angehören.

Auf jeden Ort mit über 1000 Mitgliedern entfallen bis zu 3000 Mitgliedern 3 Delegierte. Auf jede weiteren vollen 1000 Mitglieder ein weiterer Delegierter. Ortsbezirke mit weniger als 1000 Mitgliedern senden in Gemeinschaft mit Nachbarbezirken nach Einteilung durch die Wirtschafts-Bezirksleitung ihre Delegierten zum Parteitag.

Jeder Bezirk hat 2 Bezirksleiter, 1 Kassierer, 2 Revisoren, eine Gefangenenkommission von 5 Mitgliedern, eine Presse-Kommission von 3 Mitgliedern, darunter 1 Zeitungs-Expedienten, einen Bildungsausschuß von 2 Personen, einen Frauenausschuß von 2 Personen und einen Jugend-Delegierten zu wählen. Jede Kommission wählt unter sich einen Obmann, der sich in steter Verbindung mit den betr. Ausschüssen des Wirtschaftsbezirkes zu halten hat, wie diese wieder mit den Ausschüssen des gesamten Reichs.

Für alle durch den Bezirk gewählten Funktionäre hat die Bezirksleitung im einzelnen in der 1. Woche jedes Quartals die Vertrauensfrage an die rechtzeitig benachrichtigten Mitglieder des Bezirks zu richten. Bei Abgabe eines Mißtrauensvotums von mehr als ½ der anwesenden Mitglieder sind die betr. Funktionen durch andere zu ersetzen.

Die Bezirksleiter haben die Propaganda und die von den Mitgliedern beschlossenen Aktionen durchzuführen. An allen Propagandaarbeiten und beschlossenen Aktionen haben sich unter Anleitung der in Betracht kommenden Funktionäre alle Mitglieder zu beteiligen. Alle Arbeiten, Aktionen und sonstige Handlungen politischer Natur dürfen nur mit Wissen der beiden Bezirksleiter vorgenommen werden. Die Bezirksleiter sind für alle Vorkommnisse innerhalb des Bezirkes der Vollversammlung gegenüber verantwortlich.

Die Vollversammlung (Orts-Funktionärversammlung) wird durch den engeren Vollzugsausschuß jede Woche an einem durch die Vollversammlung selbst bestimmten Tage einberufen. An der Vollversammlung nehmen teil: 4 Mitglieder des engeren Vollzugsausschusses, der erweiterte Vollzugsausschuß, die Bezirksleiter, die Bezirksobleute der Gefangenen-, Presse-, Bildungs-, Frauen- und Jugendausschüsse, 2 Partei-Pressevertreter, Vertreter der Wirtschaftsbezirks- und Reichsleitung.

Die Vollversammlung hat nur informatorischen und beratenden Charakter und ist nicht berechtigt, Beschlüsse zu fassen, welche den Mitgliedern Verpflichtungen auferlegen, jedoch entscheidet sie über Ablehnung und [illegible] Personen und über die [illegible]

Gewählt werden in der Partei nur: [illegible] Parteileitung, je eine Person jeder Wirtschafts-Bezirksleitung und 10 Personen der Reichsleitung. [illegible] eine Verteilungs-Kommission von 10 Mitgliedern.

Die Generalversammlung ist für die Orts-Organisation oberste Instanz; sie besteht aus allen Mitgliedern [illegible] und ist vierteljährlich im ersten Monat jedes Quartals durch den engeren Vollzugsausschuß am Ort einzuberufen. Wegen Unmöglichkeit, alle Mitglieder an eine Stelle zu erfassen, haben gleichzeitig Parallelversammlungen stattzufinden. Die Generalversammlung kann jederzeit durch einfache Mehrheit jedes Mitglied von jeder Funktion am Orte abberufen.

Die Vollversammlung hat 3 Richtfunktionäre für den Referenten-Ausschuß zu bestimmen, der seinen Obmann selbst wählt.

Der Referenten-Ausschuß hat die von den Bezirken gemeldeten rethorisch befähigten Mitglieder auf ihre Verwendbarkeit zur weiteren Ausbildung als Referenten zu prüfen und die geeigneten Personen als Redner zu schulen; außerdem für die übrigen Genossen monatlich mindestens zwei Diskussions-Lehrabende einzuberufen, an denen Referenten und Ausschußmitglieder teilzunehmen haben.

Der Referenten-Ausschuß hat an alle Ortsbezirke die Referenten für öffentliche Versammlungen zu vermitteln. Ueber die Höhe der Aufwandsentschädigung, die der betreffende Bezirk zu leisten hat, entscheidet der Referenten-Ausschuß und die Bezirksleitungen gemeinsam.

Der Referentenschule nicht angehörende Redner dürfen in öffentlichen Versammlungen der Partei nicht referieren; ebenso kein Mitglied des engeren Vollzugsausschusses.

Die Bildungs-Ausschüsse beschließen selbständig diejenigen Veranstaltungen, welche sie für notwendig halten, die Mitglieder in jeder Hinsicht zu bilden.

Die Abgrenzung des Tätigkeitsfeldes und der Befugnisse der Reichsleitung geschieht durch die Bezirks-Wirtschaftsleitungen.

Sämtliche Instanzen behalten die in den Satzungen angewandten Bezeichnungen.

Zeitungs-Ausgabestellen der K.A.Z.

Berlin N. [illegible] Straße 71, Lokal [illegible]
N. Bernauerstr. [illegible] Zigarrengeschäft [illegible]
NO. Pallisadenstraße 22, vorn 3 Tr., Löpert.
NO. Landsbergerstraße 32 bei Paris, Lokal.
O. Weberstraße 6, [illegible]
S. [illegible]
SO. Wiener Straße 12, [illegible]
SW. Wilhelmstraße 28 (von 4 bis 6 Uhr).
Berlin-Lichtenberg. [illegible]
Berlin-Mariendorf, Kurfürstenstr. 34, Jugendheim.
Berlin-Pankow, Gollmitzstraße 17, Hof 1 Tr., Wallwitz.
Berlin-Reinickendorf-West, Antonienstr. 61, Lokal Schulz.
Berlin-Steglitz, Flensburger- Ecke Düppelstr., Lokal Henke.
Berlin-Tegel, Bahnhof- Ecke Schönbergerstr., Lokal Benbeck.
Berlin-Tempelhof, Dorfstr. 45, [illegible]
Berlin-Weißensee, Lehder- Ecke Greifswalder Str., Lokal Prälaten, Inh. Dräger.
Berliner Allee 221, Weiß-Lokal Maleck.
Prenzlauer Promenade 6, Lokal Kochler.
Berlin-Neukölln, Pannierstr. 24, Lokal Gläser.
Rogatzstr. 60 Ecke Selkestr., Lokal Goldenhauer.
Charlottenburg, Galvanistraße 7, Laden, Schmerling.
Britz, Chausseestr. 82, bei Milling.
Rosenthal, Nieder-Straße, Wolz.
Kronprinzen-Straße 14, Krenz.
[illegible], Lokal Schweizerhof.
Berlin-Wilmersdorf, Gasteinerstr. 30, bei Leo Jacklowski.
Berlin-Halensee, Karlsruher Str. 11, bei Robert Reiber.
Berlin-Schmargendorf, Breitestr. 51, bei Biernath.
[illegible] Falckstr. 1, 2 Tr. rechts bei Bethmann.

Verantwortlicher Redakteur: Kunze, Berlin.
Druck und Verlag: Verlag der K. A. P. D., Berlin.

Allgemeine Arbeiter-Union
Arbeitslose und Einzelmitglieder können ihre Beiträge jeden Donnerstag, abends 6 Uhr, in folgenden Lokalen entrichten:
1. Bezirk: Zentrum, [illegible] 46 bei [illegible]
2. " SW. [illegible]
3. " Moabit, Rostocker Str. 24.
4. " N. Ravenéstr. 6.
5. " Pankow, Kaiser Friedrich Str. bei Griffel.
6. " [illegible] Ecke Greifswalderstr. b. H. Dräger.
7. " O. Boxhagener Str. 37.
8. " SO. Manteuffelstr. 47.
9. " Neukölln, Hermannstr. 11.
10. " Tempelhof, Berliner- Ecke Kaiser Wilhelmstr. bei Obst.
11. " Steglitz, Flensburger- Ecke Düppelstr. [illegible]
12. " Schöneberg, Apostel Paulus Str. [illegible]
13. " Charlottenburg, Helmholtzstr. 15.
14. " Spandau, Schönwalder- Ecke [illegible]
15. " Tegel, Hauptstr. 29 bei Franz [illegible]
Reinickendorf, Antonienstr. bei [illegible]
16. " Lichtenberg, Weser- Ecke [illegible]
17. " Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 43 bei Pang.
18. " Adlershof, Bismarckstr. 78 bei Lehnert.
19. " Hohenneuendorf bei Nachtigall.
°Mitglieder, die Anschluß verloren haben, melden sich in diesen Lokalen.

Strassenhändler gesucht!
Meldungen in der Expedition täglich von 4—6 Uhr.

Vom Werden der neuen Gesellschaft.
Von Karl Schröder.
Preis 1,— Mk.
Verlag der K. A. P. D., Wilhelmstr. 28, IV.

Kampfgesang
Revolutionäre Freiheitslieder

Preis 75 Pfg.

enthält folgende Lieder:
[illegible]
Zu beziehen durch den Verlag der K. A. P. D. Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 28 IV.
Organisationen erhalten Rabatt.

In den nächsten Tagen erscheint:
„Nation und Internationale"
Von Arthur Goldstein.

Neuerscheinungen der Kommunistischen Arbeiter-Partei:
Otto Rühle: Die Revolution ist keine Parteisache . . . Pr. 50 Pfg.
Karl Radek: Demokratie oder Proletarische Diktatur . . . 100
Programm der Kommunist. Arbeiter-Partei Deutschlands, 2. Auflage . . . 60
Bericht über den Gründungs-Parteitag der K. A. P. D. . . . 50
Karl Liebknecht: Rede gehalten 1916 auf dem Potsdamer Platz . . . 20
[illegible]
Zu beziehen durch den Verlag der K. A. P. D., Berlin, Wilhelmstr. 28 IV.

Kommunistische Literatur
[illegible]
Organisationen und Händler erhalten hohen Rabatt. Bestellungen an die Expedition der KAZ erbeten.

Buchverlag „Räteband"
[illegible]
Außerdem sämtliche andere kommunistische Literatur.
Zu beziehen durch den Verlag d. K. A. P. D. Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 28.

Nummer 109. — Preis 30 Pfg.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. Preis 30 Pfg. pro Nummer. Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Partei und die Straßenhändler. Durch die Post unter Streifband 4 Mk., als Brief 6,50 Mk. monatl.

Redaktion u. Expedition Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 28 IV. Geöffnet täglich außer Montags von 4—6 Uhr nachmittags.

Anzeigen die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 3 Mk., die Reklamezeile 8 Mk. Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pfg., jedes weitere 40 Pfg. Organisationen Rabatt. Postscheck Berlin NW. Nr. 49029.

Spaa oder Moskau?

Spaa.

In kurzem wird die erneute Aburteilung Deutschlands in Spaa erfolgen. Die Kapitalisten und Bankiers der verschiedenen Länder werden beieinander sitzen und herauskommen wird mit Gewißheit das eine: Das Proletariat des besiegten Landes soll die Kosten 5jähriger kapitalistischer Verbrechen tragen. Verlassen von allen Parteiinstanzen, die es für notwendig erachteten, die große Märzaktion zu zertrümmern, um gesicherte Sitze im Parlament einnehmen zu können, gibt es für die arbeitenden Massen nur das Mittel der Selbsthilfe. Sie haben zu bestimmen darüber, ob sie die Weiterexistenz des Kapitalismus mit dem Opfer von Millionen ihrer Brüder gewährleisten, ob sie als willenlose Sklaven sich und ihre Kinder bis auf's Letzte ausplündern lassen wollen, oder ob sie durch die Erkämpfung der Diktatur den einzigen Weg beschreiten wollen, der ihrer Zukunft dient, der Zukunft der Internationale überhaupt; ob sie Spaa wollen oder Moskau, ob Kapitalismus oder Kommunismus.

Arbeitslose, fordert Kontrolle der Gewerkschaften.

„Das, was heute eine organisierte und unter sich verschworene Partei- und Gewerkschaftsbonzenschaft „für" die Arbeitslosen unternimmt, ist weiter nichts als einer ihrer aus salbadernder Maulpolitik und berechnender Bauernfängerei zusammenkomponierten Bluffs. Wenn die Arbeitslosen durch ihre Räte den Behörden auf die Finger sehen, wenn sie durch ihre Räte tagaus, tagein mühselig um Groschen ringen lassen, so ist das natürlich auch eine Art Reformarbeit, aber nur Narren und Leute, die keine Ahnung von dem furchtbaren Elend unter den Arbeitslosen haben, werden hier revolutionäre Prinzipienreiterei treiben und über gegenrevolutionären Reformismus wettern wollen."

Anders aber liegt der Fall, wenn die organisierte Bonzenschaft der Parteien in Sachen Arbeitslosigkeit den reformistischen Gelüsten ihres gegenrevolutionären Herzens freien Lauf läßt. Sie weiß genau, daß die Arbeitslosigkeit eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, die umso krassere Formen zeigen mußte, je mehr sich das Kapital konzentrierte, was praktisch die Konzentration der Verfügungsgewalt über die Produktionselemente in Händen der siegreichen Kapitalskonzerne der Entente bedeutete. Auch die organisierte Bonzenschaft weiß, daß der letzte und tiefste Sinn des Weltausbeutungsstatuts, Vertrag von Versailles genannt, die Zerstörung jeder leistungsfähigen Wirtschaft in Deutschland und die langsame Auslöschung von Millionen Proletarierleben ist. Die unter sich versippte Bonzenschaft der Parteien und Gewerkschaften weiß, daß die Arbeitslosigkeit und ihr grauenhaftes Elend nur beseitigt werden kann, wenn man die Ursachen beseitigt, d. h. wenn man dem kapitalistischen Wirtschaftssystem so schnell wie möglich ein Ende bereitet. Aber das wollen diese Politikanten eben nicht! Sie sind keine Revolutionäre, sie wollen keine Revolution! Diese Jammerfiguren wollen den Arbeitslosen einreden, daß ihre Lage nur im Benehmen mit den Gewerkschaften gehoben werden kann! Die Gewerkschaften, die Massen-Organisationen zur Stärkung und Sicherung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, stehen dem Arbeitslosenelend vollkommen gleichgültig gegenüber, **ja, sie helfen es sogar noch vermehren!**

Allgemeiner Nachrichtenteil

28. Juni. In Wien werden Verhandlungen zwischen Vertretern des internationalen Gewerkschaftsbundes und Vertretern der ungarischen Regierung aufgenommen. — Dem blutigen Aufstand in Ancona folgen ähnliche in Brescia und Rorezzo. — Nach einer französischen Meldung soll Lenin für eine Aussöhnung der Räterepublik mit den Sozialisten der Weststaaten folgende Bedingungen aufgestellt haben: 1. Anschluß an die Moskauer Internationale und Aufgabe jeglicher Propaganda zugunsten der vierten Internationale, in der die Strömungen der 2. und 3. Internationale aufgehen sollen. 2. Anerkennung des Rechts der Bolschewisten, ihre Weltpropaganda fortzusetzen, und Abgabe des Versprechens, die revolutionäre Aktion zu unterstützen, die sich daraus ergeben könnte.

29. Juni. Erneute Aushebungen in Polen, auch in den ehemals deutschen Gebieten. — Bauernaufstände in Galizien und Wolhynien. — Die Streitkräfte des persischen Bolschewistenführers Kutschik Khan rücken von Rescht in das Gebiet von Masanderan an der Südküste des Kaspischen See vor.

30. Juni. Unter Führung des russischen Reaktionärs Gutschkow werden in Ostpreußen Freiwilligenkorps zusammengezogen, die für einen Einfall in Rußland über Lettland und Litauen bestimmt sind. Man schätzt die Stärke dieser weißen Banden auf 60 000 Mann. — Proklamation des allgemeinen Streiks in Italien aus Anlaß des imperialistischen Vorgehens der italienischen Regierung in Albanien.

Daß die Gewerkschaftsbonzenschaft über die in der Allgemeinen Arbeiter-Union organisierten Arbeiter den gemeinsten Boykott verhängt und sie zu Dutzenden dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgibt, ist bekannt. Es ist bekannt, daß der Metallarbeiterverband, der Transportarbeiter und der Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner mit dem Unternehmertum der Verkehrseinrichtungen einen Sondervertrag abgeschlossen haben, nach dem jedermann einem freigelben Verband angehören muß, widrigenfalls er auf die Straße fliegt. Nach diesem Rezept, das hauptsächlich für Unionisten bestimmt war, ist gearbeitet worden. Das ist, wie gesagt, bekannt. Aber weniger bekannt ist, daß, wenn irgendwo Unionisten durch die Gewerkschaftsbonzen und ihre gedankenlose Gefolgschaft aus den Betrieben entfernt wurden (immer unter der die Behörden betrügenden Angabe: „wegen Arbeitsmangels"!), keine Ersatzleute eingestellt wurden, sondern der Ausfall an Arbeitsleistung auf Betreiben der Bonzenschaft durch Ueberstundenarbeit ausgeglichen wurde!

Die Kontrolle der Produktion ist **nicht zu trennen von einer Kontrolle der Gewerkschaften!** Der Feind, der im eigenen Lager steht, ist immer der gefährlichste. Die Gewerkschaften, d. h. ihre Instanzen, müssen durch Beauftragte der Arbeitslosen ständig kontrolliert und überwacht werden. Diese Instanzen wirtschaften so gut wie ohne jede Kontrolle drauf los. Denn der organisatorische Aufbau der Verbände ist so geartet, daß nur in langen Zwischenräumen die organisierten Massen Gelegenheit haben, eine unmögliche Bonzenschaft zu beseitigen und auch das gelingt nur unvollkommen. In der Geschäftsführung, in der täglichen Behandlung wichtiger, die Arbeiterschaft angehende Dinge ist die Bonzenschaft vollkommen frei. Und wie diese Selbstherrschaft ausgeübt wird, wie sie zum Schaden der Arbeitslosen ausschlägt, beweisen die angeführten Tatsachen.

Das Schneckentempo der deutschen Revolution.

Papam habemus — wir haben einen Papst, sagen die gläubigen Katholiken, wenn nach Gottes unerforschlichem Ratschluß und dem Willen der obersten Prälaten ein neuer Beherrscher der Seelen den heiligen Stuhl Petri besteigt. **Endlich eine Regierung** — mit einem Seufzer der Erleichterung konstatiert die gesamte vom Kapitalismus ausgehaltene Presse mit Einschluß des mehrheitssozialistischen Eunuchentums ein Ereignis, das nur der Schatten eines Ereignisses ist, weil jede sogenannte Regierungsbildung heute nur die Kulisse vorstellt, die darüber hinwegtäuschen soll, daß die wirklichen Regierenden **außerhalb der Regierung** die Politik bestimmen. Dem Proletariat könnte es somit im Grunde gleich sein, ob eine rein bürgerlich-kapitalistische Koalitionsregierung oder eine solche mit Einschluß des mehrheitssozialistischen Kleinbürgertums die Geschäfte des Kapitals besorgt. Trotzdem wäre es ein politischer Fehler, eine äußere Veränderung, weil sie eben anscheinend nur eine **äußere** Veränderung ist, zu übersehen und ihr jede Bedeutung abzusprechen. Aeußere politische Veränderungen sind ja nur der Ausdruck dafür, daß in der **inneren** Struktur des gesellschaftlichen Organismus Wandlungen nach der einen oder anderen Richtung eingetreten sind. Und die Tatsache, daß die deutsche Bourgeois-Republik sich heute am Ausgang des zweiten Revolutionsjahres eine scheinbar rein bürgerliche Regierung leisten darf, ist allerdings ein Symptom für das Selbstvertrauen der bürgerlichen Konterrevolution in die eigene Kraft. Was Marx im unvergleichlichen „18. Brumaire" vom Werdegang proletarischer Revolutionen sagt, daß sie sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf unterbrechen und auf das scheinbar Vollbrachte zurückkommen, um es wieder von neuem anzufangen, trifft mit absoluter Genauigkeit auf die Entwicklung der deutschen Revolution zu. Das deutsche Proletariat ist auf den Ausgangspunkt seines Kampfes um die politische Macht zurückgeworfen und es muß begreifen, daß ein weiteres Verharren in der Defensive dem Gegner ein täglich wachsendes Uebergewicht verleiht. Unter dem furchtbaren Druck eines noch nicht dagewesenen Massenelends, wie es nur der Irrsinn der kapitalistischen Anarchie heraufbeschwören kann, beginnt nun endlich jene unvermeidliche Selbstkritik ihre ersten stammelnden Versuche zu formulieren, die aber vorerst in einem ziel- und planlosen Revoltieren gegen ein beispielloses Wuchersystem stecken zu bleiben droht.

Wenn oben gesagt worden ist, daß die Diktatur des Kapitals bereits mit der Einsetzung einer scheinbar rein bürgerlichen Regierung sich offen demaskieren darf, so darf anderseits nicht übersehen werden, daß der traditionelle Verrat der Scheidemann und David auch in diesem Augenblick daran ist, dem nicht mehr aufzuhaltenden Prozeß proletarischer Selbstbesinnung durch einen politischen Schiebertrick, gemeingefährlichster Sorte, die Spitze abzubrechen.

Das sozialdemokratische Doppelspiel, das mit dem scheinbaren Ausscheiden aus der Regierung unter gleichzeitiger Behauptung aller bisher eingenommenen staatlichen Futterkrippen in Gestalt von Landratsämtern, Regierungspräsidentschaften usw. vor sich geht, darf das Proletariat nicht zu der Annahme verleiten, daß nun von jener Seite der Anschluß an die proletarische Kampffront vollzogen sei. Die Oppositionsstellung der Scheidemäner geschieht